

# Berliner

# Volks-Zeitung

mit Täglichen Familienblatt und Illustriertem Sonntagsblatt  
Morgen - Ausgabe

Die „Berliner Volks-Zeitung“  
erscheint täglich vom 1. Sonntag  
nur morgens, Sonntags nur abends.  
Abonnementspreis für Berlin:  
**75 Pf. monatlich**  
Frei aus dem Postamt Nr. 235  
entl. 14. August 1908. Sonntagsblatt  
Abonnementspreis für außerhalb  
bei Bezug durch die Post:  
monatlich 80.00, vierteljährlich 24.00  
entl. 16. August 1908. Sonntagsblatt

Anzeigenpreis für die Seite 40 Pf.  
Stellenangebote und Gesuche . . 30 „  
Anzeigenpreis für die Seite 40 Pf.  
Stellenangebote und Gesuche . . 30 „  
Anzeigenpreis für die Seite 40 Pf.  
Stellenangebote und Gesuche . . 30 „

Verkauf: Jerusalemstraße 46/48.  
Für unentgeltlich angebotene Anzeigen über  
den Inhalt der Redaktion keine Verantwortlichkeit.

Chef-Redakteur: Karl Volkmar, Berlin W.  
Berliner Druck- und Verlagsanstalt, Berlin W.

## Ein Aufrechter.

Gegenwärtig, wo die linksliberalen Parteien in ihrem  
Mißbrauch des Grundrechts der Freiheit der Person gegen  
ein liberal freies, in Kern aber urentschändliches Verens-  
gesetz eingeleitet haben, verdienen die Ausführungen eines  
wahrhaft liberalen freisinnigen Mannes von gutem alten  
Sinn und Kern ins Gedächtnis zurückgerufen zu werden.  
Der hochverdiente Professor Ernst Wilsch stellt am  
17. November 1900 zu Jena in öffentlicher Volksversammlung  
eine Rede über die rechtskräftige Beschränkung der Ver-  
sammlungsfreiheit im Großherzogtum Sachsen, als sich die  
Versammlungsverbote gegen die Redner und Agitatoren der  
Sozialdemokratie häuften. Er nennt es einen Mißbrauch der  
Zensurfreiheit gegen § 189 des Strafgesetzbuchs, die das Verens-  
gesetz gemäß, einem gemäßigten Vorkommnisse, der genau wie er „zum Vergleichen“ redet, den Mangel eines  
gemäßigten Agitators anzuhängen, selbst wenn der Ver-  
treter ein Sozialdemokrat ist.

Mit dem Rechte der Sozialdemokraten auf die Versammlungs-  
freiheit steht es das Recht aller bedroht. Er führt  
wörtlich aus: „Unter den Umständen der Versammlungen, unter  
denen die Polizeibehörden kraft dieses Landesrechts die Ver-  
sammlungen einer Partei verhindern dürfen, dürfen sie,  
sobald es ihnen zweckmäßig erscheint, alle Versammlungen  
im Lande verhindern. Die benutzten Verbote berühren daher  
gar nicht nur die Sozialdemokraten, sondern auch alle Bürger  
in unserem Lande, die Frage der bürgerlichen Freiheit über-  
haupt gegenüber der Polizeigewalt — und damit in Bezug  
auf den Charakter unseres ganzen Staatswesens die Frage:  
Rechtsstaat oder Polizeistaat.“

In den Fragen dieser Art sind aber alle gleichmäßig  
interessiert, nicht nur die Sozialdemokraten, und nicht nur  
die Liberalen, sondern ebensowohl auch die Konserverativen —  
soweit sie wirklich „Konserverative“ sind, nicht reine Wäch-  
schützer, deren offenkundiger Ideal der reine Polizeistaat  
ist. Denn es gibt nur eine Art von staatsbürgerlichem  
Recht, das sich nicht auf die Gleichmäßigkeit der Bürger  
von Minister bis zum letzten Tagelöhner; und es gibt nur  
eine Art von politischer und bürgerlicher Freiheit: die  
Freiheit, an der alle gleichmäßig teilhaben, vom Minister bis  
zum letzten Tagelöhner. Eine Freiheit, die einzelne oder  
bestimmte Kreise oder ganze Parteien beschaffen, wenn  
dies Recht für sie findet, ist nicht zu beschaffen, diese  
Freiheit „von Polizei und Zensur“ ist keine Freiheit.  
Der Slave, der von seinem Herrn nicht mißhandelt wird,  
ist kein freier Slave.

Soweit nun die Anhänger der Sozialdemokratie forbert,  
ihre Forderungen und Ideen innerhalb der Grenzen des geltend  
gestellten Rechts des gemeinen Rechts des Landes ebenso  
in Versammlungen öffentlich vertreten zu können wie andere  
Parteien die ihren, verstehen sie kein Parteinteresse,  
sondern verstehen sie das verfassungsmäßige Recht aller.  
Kein Gesetz der „Staatsbehörden“ Parteien über  
den Vorbehalt der Sozialdemokratie aus dem Kreise  
des Bürgerrechts getrieben, wird meine Gesinnungs-  
genossen und mich abhalten, sie freitrag zu unterstützen, überall  
wo ihre Forderungen jede Bedeutung gewinnen. Die Sozial-  
demokratie soll sich nicht rühmen dürfen, die einzige Partei  
genossen zu sein, die in unserem Land oder in dieser Stadt  
verfassungsmäßiges Recht und staatsbürgerliche Freiheit noch  
versteht.“

Die Theorie, daß alles, was nicht erlaubt sei, verboten  
sei, verbohrt er mit folgendem Sphärischen Distichon aus den  
Zenten:

Johannes von Bräun: Ich will mich rufen nach Arien;  
Was ich denn wirklich an sie auch ein ewiges Recht?  
Er weist nach, daß das zu Anfang der fünfziger Jahre,  
wo ringsum die schlimmste Reaktion herrschte, erlassen-wie-  
narrische Verfassungsgesetze zu den freiesten Verfassung-  
gesetzen Kraft gemeinen Rechts des Landes ebenso  
in Versammlungen öffentlich vertreten zu können wie andere  
Parteien die ihren, verstehen sie kein Parteinteresse,  
sondern verstehen sie das verfassungsmäßige Recht aller.  
Kein Gesetz der „Staatsbehörden“ Parteien über  
den Vorbehalt der Sozialdemokratie aus dem Kreise  
des Bürgerrechts getrieben, wird meine Gesinnungs-  
genossen und mich abhalten, sie freitrag zu unterstützen, überall  
wo ihre Forderungen jede Bedeutung gewinnen. Die Sozial-  
demokratie soll sich nicht rühmen dürfen, die einzige Partei  
genossen zu sein, die in unserem Land oder in dieser Stadt  
verfassungsmäßiges Recht und staatsbürgerliche Freiheit noch  
versteht.“

Die Theorie, daß alles, was nicht erlaubt sei, verboten  
sei, verbohrt er mit folgendem Sphärischen Distichon aus den  
Zenten:  
Johannes von Bräun: Ich will mich rufen nach Arien;  
Was ich denn wirklich an sie auch ein ewiges Recht?  
Er weist nach, daß das zu Anfang der fünfziger Jahre,  
wo ringsum die schlimmste Reaktion herrschte, erlassen-wie-  
narrische Verfassungsgesetze zu den freiesten Verfassung-  
gesetzen Kraft gemeinen Rechts des Landes ebenso  
in Versammlungen öffentlich vertreten zu können wie andere  
Parteien die ihren, verstehen sie kein Parteinteresse,  
sondern verstehen sie das verfassungsmäßige Recht aller.  
Kein Gesetz der „Staatsbehörden“ Parteien über  
den Vorbehalt der Sozialdemokratie aus dem Kreise  
des Bürgerrechts getrieben, wird meine Gesinnungs-  
genossen und mich abhalten, sie freitrag zu unterstützen, überall  
wo ihre Forderungen jede Bedeutung gewinnen. Die Sozial-  
demokratie soll sich nicht rühmen dürfen, die einzige Partei  
genossen zu sein, die in unserem Land oder in dieser Stadt  
verfassungsmäßiges Recht und staatsbürgerliche Freiheit noch  
versteht.“

\*) E. Wilsch, Verhandlungen und Reden sozialpolitischer Inhalts.  
III. Band, Jena, Verlag G. Fischer.

## Ein Dorfkrieg.

besonderer Grund vorliegt, die Voraussetzungen seiner Rich-  
tigkeit besonders sorgfältig zu prüfen. Eine namhafte Demo-  
kratie darf den Kampf gegen das Unrecht, selbst wenn es  
einem politischen Gegner zugeht, nicht ohne dauernde  
empfindliche Schädigung seiner Werbestärke nicht der sozial-  
demokratischen Presse und den Blättern überlassen. Sich  
aber durch Demagogik an so einem Unrecht noch zu betei-  
ligen, ist der Gipfel politischer und moralischer Ver-  
kommenheit.

## Protest gegen die Elektrizitätssteuer.

Die bayerische Abgeordnetenversammlung  
verhandelte gestern, wie aus München berichtet wird, über die  
Regierungsvorlage bezüglich der Elektrifizierung der Eisen-  
bahnen Salzburg—Reichenhall—Wendtegebirge und  
Garmisch—Gröden sowie Aufbahmung der Wasserkräfte  
und in Verbindung damit über einen Antrag Müller (Sozialist),  
der gegen die vom Reichstag beschlossene Elektri-  
fizierungs- und Wasserkraftgesetzgebung und Gas-  
elektrische Stellungnahme der bayerischen Re-  
gierung verlangt.  
Der Minister v. Pöschel erklärte in der Debatte, die Re-  
gierung habe über die Finanzreformpläne nur eine vertrauliche  
Mitteilung erhalten und lehne es ab, Näheres mitzuteilen,  
um nicht den Betreibern des Bundesstaats zu schaden, die  
von dem Antragsteller ausgeführten Gebauhe, daß die Einführung  
Wahrens genenut werden solle, ist zu absurd und beliebig,  
daß kein Bundesstaat daran denke, ihn zu verwirklichen. Die Finanz-  
reform könne nur erreicht werden unter Schöpfung der nötigen  
Zutreffen der Bundesstaaten. Der diplomatische Vorschlag könne nicht  
wegen der Steuerfragen einverstanden werden. Er sei über  
auswärtige Protest vom Reichstag auf das eingehend informiert  
worden. Die Politik Bayerns zum Reich sei klar und einfach. Der  
Minister schloß: Wir geben dem Reich, was das Reich ist, und  
vertreten die Interessen des Landes. Der Finanzminister v. Pöschel  
erklärte, die Regierung wolle energisch die Interessen des Landes.  
Dann wurde die Weiterberatung auf Montag vertagt.  
Mit bezüglichen genauen und nicht abgelaufenen Er-  
klärungen werden die bayerischen Minister nicht die Dis-  
kussion befeigen, die das Projekt einer Steuer auf  
Elektrizität und Gas in weiten Kreisen der Bevölkerung  
herverzuwecken hat.

## Wozu das Kultusministerium keine Zeit hat.

Ende September wird in London ein internationaler  
Konferenz für Erziehungsangelegenheiten stattfinden. Unsere  
Zeit ist erfüllt von den Problemen der Schule und Erziehung,  
die zwar je nach Nation, wirtschaftlicher Lage und Volkscharakter  
verschieden sind, aber doch aus derselben Quelle fließen: die  
moralische und soziale Verantwortung des einzelnen gegen-  
über der Volksgemeinschaft zu verstehen und zu fördern und  
jeden mit möglichst guter geistiger, körperlicher und materieller  
Befähigung auszustatten. Die großen wirtschaftlichen, sozialen  
und politischen Umwälzungen haben allenthalben die An-  
sichten über das Erziehungsproblem erweitert, beeinflusst und  
umgestaltet, und die Pädagogen aller Länder suchen nun  
den Zusammenstoß (ähnlich dem anderen Weltkriege), um in  
einer hohen Aussprache sich ihre Erfahrungen und Vorschläge  
mitzuteilen. Daran, sollte man meinen, haben alle  
die ein großes Interesse, bei denen ein Ständevertrag  
für die Gestaltung des Unterrichtswesens liegt. König  
Georg von England hat in diesem Sinn dem deutschen  
Vorkursen des gelehrten Komitees ein Begrüßungs-  
schreiben geschickt, das seine Glückwünsche ausdrückt. Während  
bei jetzt die Unterrichtsministerien von England, Frankreich,  
Italien, Rußland, Spanien, Belgien, Mexiko, Rumänien und  
Japan ihre Zustimmung zu dem Kongress auszusprechen  
haben und ihre Vertreter senden werden, lehnt das  
preussische Kultusministerium die Beteiligung ab.  
Es hat keine Zeit für allgemeine Konferenzen;  
es muß seine ganze Kraft auf die Verbesserung und  
Vollziehung der preussischen Lehrer verwenden.

## Der langen Rede kurzer Sinn?

Bei einer Konferenz der Synchmaldirektoren  
für die Provinz Posen im Frühjahr hatte einer der  
Teilnehmer sich dahin geäußert: „Die Juden haben  
sich in Posen nicht so gut verhalten, wie sie sich aus der Rechtsart  
ergebe, mit der sie ihren Heimatort verlassen und nach Westen  
abwandern, wenn ihnen materielle Vorteile winken.“ An-  
lässlich dieses Vorkalles hatte sich der Zentralverein  
deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens beschwerdebefähigt  
an den Minister geandt. Er hat jetzt nach dreizehn  
Monaten vom Herrn Dr. Pöschel folgenden Bescheid erhalten:  
„Auf das Schreiben vom 21. März erwidere ich ergebend fol-  
gendes: Das Protokoll der Direktorenkonferenz gibt in gedrängter  
Zusammenfassung Ausführungen wieder, die etwa zwei Stunden  
dauerten. In seiner Kürze und aus dem Zusammenhang los-  
gelöst, klingt der beanstandete Satz anders und  
schärfer, als er gemeint und gesprochen worden ist.  
Der Referent Direktor v. Sanden gibt aus dem Zusammenhang  
heraus, daß die Juden in Posen sich nicht so gut verhalten,  
wie sie sich aus der Rechtsart ergeben, mit der sie ihren Heimatort  
verlassen und nach Westen abwandern, wenn ihnen materielle  
Vorteile winken.“

Wasum wir diese kirchlich-nationalistische Dorfgeschichte  
mitteilen? Nicht wegen des für Juristen interessanten sub-  
stantiellen Reichsgerichtsurteils, sondern um an die dem geradezu  
klassischen Beispiel wieder einmal zu zeigen, was für eine  
Verwunderung der Gemüter durch die beim Zentrum beliebte  
Berandung von Religion und Politik entsteht, welcher Fran-  
ziskanismus durch die auf die Kanzel getragene politische  
Agitation großgezogen wird, der Weiber zu Ohnenden werden läßt.  
Und im vorliegenden Falle richtet sich der sinnlich geschulte  
Sach nicht gegen Andersgläubige, sondern gegen Angehörige  
derselben Konfession, nur weil sie nicht den Zentrumskreis  
mitmachen wollten.

## Eine scharfe Lanze.

Das Württembergische „Frank. Zn.“: Eine liberal-  
demokratische Versammlung, die sehr gut besucht war,  
nahm nach den Reden der Herren Wölffler Müller-Württemberg  
und Rechtsanwalt Hofmann-Württemberg die Einführung der staats-  
bürgerlichen Freiheit eine Resolution an, die im Falle der  
Verweigerung des Reichstages dem Reichstag die Einführung  
und eines bayerischen Ministers unwidrig erklärt.

## Geerstrauer für Bos.

Das Württembergische „Frank. Zn.“: Einem  
württembergischen Offizier der Armee auf dem Wege nach  
den beschriebenen Generalleutnanten. Bos anfordern. Für die  
Einführung des Reichstages dem Reichstag die Einführung  
und eines bayerischen Ministers unwidrig erklärt.

## Protest gegen die Elektrizitätssteuer.

Die bayerische Abgeordnetenversammlung  
verhandelte gestern, wie aus München berichtet wird, über die  
Regierungsvorlage bezüglich der Elektrifizierung der Eisen-  
bahnen Salzburg—Reichenhall—Wendtegebirge und  
Garmisch—Gröden sowie Aufbahmung der Wasserkräfte  
und in Verbindung damit über einen Antrag Müller (Sozialist),  
der gegen die vom Reichstag beschlossene Elektri-  
fizierungs- und Wasserkraftgesetzgebung und Gas-  
elektrische Stellungnahme der bayerischen Re-  
gierung verlangt.  
Der Minister v. Pöschel erklärte in der Debatte, die Re-  
gierung habe über die Finanzreformpläne nur eine vertrauliche  
Mitteilung erhalten und lehne es ab, Näheres mitzuteilen,  
um nicht den Betreibern des Bundesstaats zu schaden, die  
von dem Antragsteller ausgeführten Gebauhe, daß die Einführung  
Wahrens genenut werden solle, ist zu absurd und beliebig,  
daß kein Bundesstaat daran denke, ihn zu verwirklichen. Die Finanz-  
reform könne nur erreicht werden unter Schöpfung der nötigen  
Zutreffen der Bundesstaaten. Der diplomatische Vorschlag könne nicht  
wegen der Steuerfragen einverstanden werden. Er sei über  
auswärtige Protest vom Reichstag auf das eingehend informiert  
worden. Die Politik Bayerns zum Reich sei klar und einfach. Der  
Minister schloß: Wir geben dem Reich, was das Reich ist, und  
vertreten die Interessen des Landes. Der Finanzminister v. Pöschel  
erklärte, die Regierung wolle energisch die Interessen des Landes.  
Dann wurde die Weiterberatung auf Montag vertagt.  
Mit bezüglichen genauen und nicht abgelaufenen Er-  
klärungen werden die bayerischen Minister nicht die Dis-  
kussion befeigen, die das Projekt einer Steuer auf  
Elektrizität und Gas in weiten Kreisen der Bevölkerung  
herverzuwecken hat.

## Wozu das Kultusministerium keine Zeit hat.

Ende September wird in London ein internationaler  
Konferenz für Erziehungsangelegenheiten stattfinden. Unsere  
Zeit ist erfüllt von den Problemen der Schule und Erziehung,  
die zwar je nach Nation, wirtschaftlicher Lage und Volkscharakter  
verschieden sind, aber doch aus derselben Quelle fließen: die  
moralische und soziale Verantwortung des einzelnen gegen-  
über der Volksgemeinschaft zu verstehen und zu fördern und  
jeden mit möglichst guter geistiger, körperlicher und materieller  
Befähigung auszustatten. Die großen wirtschaftlichen, sozialen  
und politischen Umwälzungen haben allenthalben die An-  
sichten über das Erziehungsproblem erweitert, beeinflusst und  
umgestaltet, und die Pädagogen aller Länder suchen nun  
den Zusammenstoß (ähnlich dem anderen Weltkriege), um in  
einer hohen Aussprache sich ihre Erfahrungen und Vorschläge  
mitzuteilen. Daran, sollte man meinen, haben alle  
die ein großes Interesse, bei denen ein Ständevertrag  
für die Gestaltung des Unterrichtswesens liegt. König  
Georg von England hat in diesem Sinn dem deutschen  
Vorkursen des gelehrten Komitees ein Begrüßungs-  
schreiben geschickt, das seine Glückwünsche ausdrückt. Während  
bei jetzt die Unterrichtsministerien von England, Frankreich,  
Italien, Rußland, Spanien, Belgien, Mexiko, Rumänien und  
Japan ihre Zustimmung zu dem Kongress auszusprechen  
haben und ihre Vertreter senden werden, lehnt das  
preussische Kultusministerium die Beteiligung ab.  
Es hat keine Zeit für allgemeine Konferenzen;  
es muß seine ganze Kraft auf die Verbesserung und  
Vollziehung der preussischen Lehrer verwenden.

## Der langen Rede kurzer Sinn?

Bei einer Konferenz der Synchmaldirektoren  
für die Provinz Posen im Frühjahr hatte einer der  
Teilnehmer sich dahin geäußert: „Die Juden haben  
sich in Posen nicht so gut verhalten, wie sie sich aus der Rechtsart  
ergebe, mit der sie ihren Heimatort verlassen und nach Westen  
abwandern, wenn ihnen materielle Vorteile winken.“ An-  
lässlich dieses Vorkalles hatte sich der Zentralverein  
deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens beschwerdebefähigt  
an den Minister geandt. Er hat jetzt nach dreizehn  
Monaten vom Herrn Dr. Pöschel folgenden Bescheid erhalten:  
„Auf das Schreiben vom 21. März erwidere ich ergebend fol-  
gendes: Das Protokoll der Direktorenkonferenz gibt in gedrängter  
Zusammenfassung Ausführungen wieder, die etwa zwei Stunden  
dauerten. In seiner Kürze und aus dem Zusammenhang los-  
gelöst, klingt der beanstandete Satz anders und  
schärfer, als er gemeint und gesprochen worden ist.  
Der Referent Direktor v. Sanden gibt aus dem Zusammenhang  
heraus, daß die Juden in Posen sich nicht so gut verhalten,  
wie sie sich aus der Rechtsart ergeben, mit der sie ihren Heimatort  
verlassen und nach Westen abwandern, wenn ihnen materielle  
Vorteile winken.“

## Eine scharfe Lanze.

Das Württembergische „Frank. Zn.“: Eine liberal-  
demokratische Versammlung, die sehr gut besucht war,  
nahm nach den Reden der Herren Wölffler Müller-Württemberg  
und Rechtsanwalt Hofmann-Württemberg die Einführung der staats-  
bürgerlichen Freiheit eine Resolution an, die im Falle der  
Verweigerung des Reichstages dem Reichstag die Einführung  
und eines bayerischen Ministers unwidrig erklärt.

## Geerstrauer für Bos.

Das Württembergische „Frank. Zn.“: Einem  
württembergischen Offizier der Armee auf dem Wege nach  
den beschriebenen Generalleutnanten. Bos anfordern. Für die  
Einführung des Reichstages dem Reichstag die Einführung  
und eines bayerischen Ministers unwidrig erklärt.